



# Protokoll der a.o. Generalversammlung des Verbandes Luzerner Gemeinden VLG 2007

Donnerstag, 21. Juni 2007, 17.30 Uhr, Zentrum Braui, Hochdorf

Anwesend: gemäss Präsenzliste (liegt auf der Geschäftsstelle auf), es sind insgesamt 54 Delegierte anwesend mit einem Stimmpotenzial von 252 Stimmen, das einfache Mehr beträgt 127 Stimmen, das qualifizierte Mehr liegt bei 18 Delegierten (= Gemeinden).  
Vorsitz: Präsident Ruedi Amrein, von Amtes wegen.

## 1. Begrüssung

Präsident Ruedi Amrein begrüsst die anwesenden Delegierten und Gäste. Im Besonderen begrüsst er Regierungsrat Dr. Anton Schwingruber, Bildungsdirektor und Dr. Charles Vincent, Vorsteher des Amtes für Volksschulen. Amrein begrüsst weitere Gäste aus den Verbänden in globo. Sodann entschuldigt er die Vorstandsmitglieder Franz Müller, Erwin Arnold und Margrit Thalmann. Weiter sind zahlreiche Entschuldigungen von Mitgliedergemeinden eingegangen, die er nicht namentlich erwähnt.

Amrein weist darauf hin, dass die Einladungen mit der Traktandenliste fristgerecht verschickt wurden und dass noch drei Anträge zum Positionspapier eingereicht wurden. Sie liegen alle auf. Daraufhin eröffnet er die a.o. GV 2007 formell. Der Präsident gibt das Wort gleich zu Beginn dem Bildungsdirektor.

**Regierungsrat Anton Schwingruber** äussert seine Freude über das Bildungspapier und die Aktivitäten des VLG in der Bildungspolitik. Es herrscht im Papier eine hohe Kongruenz gegenüber der Bildungspolitik des Kantons. Schwingruber verweist auf die Diskussionen bezüglich Kostenteiler der Kosten der Volksschulen zwischen Kanton und Gemeinden. Der Kanton schlug ursprünglich einen Teiler 40% zu 60% vor. Man wollte aber die Finanzreform 08 kostenneutral umsetzen und liess es beim geltenden Kostenteiler bewenden.

Schwingruber erwähnt in kurzen Zügen die demographische Entwicklung. Anschliessend verweist er auf die wissenschaftliche Erkenntnis, dass der Bildungserfolg v.a. durch die soziale Herkunft bestimmt wird. Er ruft dabei insbesondere zur Offenheit gegenüber den schulergänzenden Betreuungsangeboten auf.

### 3. Positionspapier Bildung des VLG

Präsident Ruedi Amrein zieht das Traktandum Positionspapier vor, da Prof. Stephan Huber erst später eintreffen wird. Er gibt Jacqueline Kopp das Wort, welche als Leiterin des Bereiches Bildung des VLG das Bildungspapier mittels einer Power-Point-Präsentation vorstellt. Es erfolgt anschliessend die inhaltliche Diskussion:

Bereits zu Beginn der Versammlung wurden den Mitgliedern insgesamt drei Anträge zum Bildungspapier ausgeteilt.

#### **Antrag Malters**

Der Antrag Malters will das Papier auf Seite 11 dahingehend präzisieren, dass der Auftrag zur Änderung des Kostenteilers zwischen Kanton und Gemeinden verbindlicher vorsehen wird. Insbesondere soll dabei das Wort mittelfristig gestrichen werden, dies sei zu wenig konkret. Konsequenterweise gebe es dann weiter hinten auch Änderungen (vgl. Beilage). Die Begründung des Antrages erfolgt durch **Marcel Lotter, Gemeindeammann, Malters**. Die Gemeinden als Hauptfinanzierer haben nur einen marginalen Einfluss auf die Schulentwicklung. Der Wille zur Veränderung des Kostenteilers muss aber von den Gemeinden klar vorhanden sein. Der VLG soll einen entsprechenden Auftrag erhalten.

**Urs Kaufmann, Gemeindepräsident, Altishofen**, fragt, zu welchen Gunsten denn dieser Antrag lauten soll, dazu sage der Antrag Malters nichts. Marcel Lotter präzisiert dazu, dass es selbstverständlich zu Gunsten der Gemeinden laufen soll.

**Kaspar Lang, Gemeindeammann, Buchrain**, verweist auf den ähnlich lautenden Antrag aus Kriens und beantragt, dass die beiden Anträge zusammengelegt werden können. Beide haben die Änderung des Finanzierungsschlüssels des Kantons und der Gemeinden zum Thema.

Marcel Lotter will den Antrag indessen stehen lassen, da im Antrag Kriens 1 das Wort „mittelfristig“ bleibt.

Präsident Ruedi Amrein lässt daher über beide Anträge getrennt abstimmen.

#### **Abstimmung Antrag Malters:**

Der Antrag Malters wird in einer offenen Abstimmung einstimmig angenommen (keine Gegenstimmen).

#### **Antrag Kriens 1:**

**Helene Meyer, Gemeindepräsidentin Kriens**, erläutert ihren Antrag. Er zielt auch auf eine Änderung des Kostenteilers hin und will konkret, dass dieser paritätisch und mittelfristig erfolgt. Man kann jetzt nicht kurzfristig den Kostenteiler ändern. Zuerst muss jetzt die Finanzreform 08 durchgehen. Man geht davon aus, dass es mittelfristig sein soll. Zusätzlich stellt man sich eine paritätische Verteilung vor (dies kann, aber muss nicht genau 50% zu 50% sein). Daher die entsprechende Begründung.

**Peter Brunner, Gemeindepräsident, Rain**, stellt den Kostenteiler grundsätzlich in Frage. Damit bleiben die Gesamtkosten des Bildungswesens ja gleich hoch, es wird nur über den Verteiler gestritten. Die Frage ist dann, zu welchen Lasten diese Umverteilung geht kann. Er hat wohl für Malters gestimmt. Er hält aber fest, dass - wenn man nun irgendwo schraubt - dies grosse Folgen hat.

**Kaspar Lang** weist auf die stetige Kostensteigerung im Bildungswesen hin. Durch den Antrag Kriens könnte es eine Entwicklung in Richtung Verlangsamung des Reformtempo geben. Er stimmt daher dem Antrag Kriens 1 zu

**Herbert Lustenberger, Gemeindeammann, Ebikon**, weist auf die allgemeine finanzielle Lage des Kantons und der Gemeinden hin. Er fragt, ob der Antrag mit oder ohne Kompensationen gemeint ist. Kompensationen müssen ja zwingend vorgenommen werden, ansonsten muss ein Steuerfussabtausch zwischen Kanton und Gemeinden gemacht werden, um die Finanzierung sicherzustellen. Dieses Anliegen wurde aber politisch bereits verworfen.

### **Abstimmung Antrag Kriens 1**

Es erfolgt eine offene Abstimmung zum Antrag 1 Kriens. Die Stimmen werden ausgezählt. Währenddessen wird über den Antrag Kriens 2 diskutiert.

Der Antrag Kriens 1 wird mit 206 Ja-Stimmen bei 44 Ja-Gemeinden zu 40 Nein-Stimmen bei 11 Nein-Gemeinden klar angenommen.

Damit sind beide Anträge (sowohl derjenige von Malter, als auch derjenige aus Kriens) angenommen. Das Papier wird daher entsprechend angepasst.

Es erfolgt die Diskussion zum Antrag Kriens 2

**Margrit Frank, Gemeindeamtfrau, Rickenbach** meldet sich zu Wort. Sie äussert sich zum Antrag Kriens 2 und unterstützt ihn. Sie erwähnt, dass in Rickenbach bereits seit drei Jahren Betreuungsmodelle führe. Sie befürwortet daher eine gesetzliche Verankerung, obwohl die Gemeinde in der Vernehmlassung zum Positionspapier ursprünglich anderer Meinung war. Da die Gemeinde die Angebote modulartig führe, könnten diese bedarfsgerecht angeboten werden. Die Betreuungsangebote sind für Rickenbach auch Teil des Standortmarketings. Schliesslich wolle der Kanton keine flächendeckende gleichgeschaltete Angebote schaffen, sondern eben bedürfnisgerechte. Ohne gesetzliche Verankerung könne der Kanton auch keine Beiträge leisten. Deshalb macht ihrer Ansicht nach eine gesetzliche Verankerung mit möglichst grossen Freiheiten für die Gemeinden am meisten Sinn. Sie weist noch auf die Notwendigkeit eines guten Controllings hin.

**Urs Kaufmann** äussert sich zu Wort. Irgendwo muss dann die Qualitätssicherung vorgenommen werden. Allenfalls kann man dem Kanton den Auftrag geben. Der VLG soll den Auftrag erhalten, eine schlanke Verordnung zu machen.

**Erwin Zimmermann, Gemeindeammann, Ballwil**, sagt, man solle nicht übertreiben, die Betreuung könnten noch viel mehr in den Familien vorgenommen werden. Der Kanton soll nicht zuviel reglementieren.

### **Abstimmung Antrag Kriens 2**

Es wird eine offene Abstimmung vorgenommen, es wird aber ausgezählt.

Der Antrag Kriens 2 wird mit 134 Nein Stimmen bei 44 Nein-Gemeinden gegen 110 Ja-Stimmen bei 9 Ja-Gemeinden klar abgelehnt.

Der Präsident nimmt eine formelle Schlussabstimmung über das vorliegende Papier mit den beschlossenen Änderungen vor. Das Papier wird in der offen vorgenommenen Abstimmung einstimmig angenommen (ohne Auszählung).

## **2. Der Bildungsraum Schweiz im Umbruch**

Es erfolgt anschliessend das Referat von Prof. Dr. Stephan Huber, PHZ, Zug, der verspätet eingetroffen ist (der Foliensatz ist auf der Geschäftsstelle vorhanden).

## **4. Varia**

Es erfolgen verschiedene Wortmeldungen:

### **Angela Pfäffli-Oswald, Grossrätin, Präsidentin EBBK, Grosswangen**

Angela Pfäffli kommt namens und im Auftrag der Stiftung Wirtschaft und Familie im Kanton Luzern. Sie wirbt für ein verstärktes Engagement in Sachen Betreuung. In Blockzeiten (Schule) braucht es professionelle Betreuung. Ausserhalb dieses Rahmens (Morgen und Abend) kann durchaus für jede Gemeinden eine Chance bestehen, individuell Angebote auf die Beine zu stellen. Die Adresse der Stiftung wird bekannt gegeben und von der Geschäftsstelle an die Gemeinden weitergeleitet.

### **Erwin Zimmermann**

Plädiert für eine Beildung der Kinder in den ersten vier Lebensjahren. Vor allem die Eltern sollten noch mehr einbezogen werden, allenfalls auch unter Zwang.

### **Lea Bischof, Gemeinderätin, Hochdorf**

Dankt im Namen des Gemeinderates Hochdorf, dass man als Tagungsort Hochdorf gewählt hat und ein solch wichtiges Papier hier verabschiedet. Sie gibt zu bedenken, dass es schliesslich um die Kinder und um die Bildung geht.

### **Margrit Frank**

Fügt an, dass sie ihr Votum vorhin nicht auf die finanziellen Aspekte beschränkt gesehen habe wollen. Eine Gemeinde können sich heute profilieren, wenn sie den heutigen Bedürfnissen der Gesellschaft nachkomme. Schliesslich sei es noch wichtig zu wissen, dass die meisten Eltern ihre Kinder nicht fünf Tage in der Woche, sondern höchstens 1-2 Tage betreuen lassen.

Ruedi Amrein dankt Jacqueline Kopp und Peter Steiner für die grosse Arbeit im Rahmen des Positionspapiers und allen Anwesenden für das Erscheinen. Er lädt alle zum anschliessenden Apéro im Foyer ein.

Ende der GV: 19.45 Uhr

Luzern, 21. Juni 2007

Für das Protokoll: Ludwig Peyer, Geschäftsstelle